Ä310 Bunt statt Grauland: Konsequent gegen rechts

Antragsteller*in: Heike Volkmer

Änderungsantrag zu 3.5.

Von Zeile 2 bis 3:
Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen und vorhandenes Personal weitergebildet wird. ~~Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und die „Pegida"-Partner von „Zukunft Heimat" immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer der AfD, gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft Heimat" und Teile der AfD müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.~~Zuletzt zeigte sich das Parteinen, Initiativen und Projekte mit Inhalten und Propaganda, welche von aggressivem Nationalismus, dem Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten, von den Behörden, insbesondere dem Verfassungsschutz als nicht verfassungsfeindlich und rechtsextremistisch eingestuft wurden.

Begründung

Grundsätzlich finde ich, dass wir der AfD und auch "Zukunft Heimat" keine Plattform in unserem Grünen Wahlprogramm geben sollten. Deswegen befürworte ich auch grundsätzlich auch die Streichung der AfD aus unserem Wahlprogramm. Sie sind demokratisch gewählt, auch wenn es bitter ist und uns nicht schmeckt, was sie mit ihrem Mandat anstellen.

Weiterhin finde ich es eher schädlich als günstig, wenn der Verfassungsschutz gänzlich diffamiert wird, damit demotiviert man ggf. noch Kräfte innerhalb dieser Behörde, welche unsere demokratische Verfassung und institutionelle Landschaft schützen.